

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 27.08.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:55 Uhr
Raum, Ort: Verw.Geb. Mozartstraße Raum 207, Mozartstraße 2-10, Aachen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Hilde Scheidt

Bemerkung

anwesend

Gremienmitglieder

Name

Peter Tillmanns

Karin Schmitt-Promny

Tobias Benedikt Tillmann

Nadine van der Meulen

Doris Müller

Karl Simons

Jonas Török

Margret Vallot

Roswitha Frenzel

Hans-Jürgen Bengner

Rita Baumbach

Luisa Hoffmann

Denis Thielen

Philipp Nawrocki

Andre Kaltenbach

Gisa Haring

Julia Rejf

Suzanne Brantin

Sandra Jansen

Heinrich Brötz

Bernd Schwarze

Thomas Weinen

Dr. Simone Köster

Bemerkung

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Lukas Krott

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Eva Maria Birkenbusch

anwesend

Vertretung für: Horst Kreutz

Vertretung für: Benno Pauls

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Carsten Brehm

anwesend

anwesend bis 18:15 Uhr

anwesend

anwesend

Schriftführung

Name

Melanie Olbertz

Bemerkung

anwesend

Abwesend

Gremienmitglieder

Name

Lukas Krott

Eva Maria Birkenbusch

Horst Kreutz

Benno Pauls

Kriminalhauptkommissar Peter Arz

Carsten Brehm

Udo Breuer

Astrid Brokmann

David Janecek

Mara Mendes

Dr. Robert Neugröschel

Bemerkung

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Gäste:

Sigrid Ophoff (AG Behindertenhilfe)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 18.06.2024 (öffentlicher Teil)	FB 45/0607/WP18
3	Genehmigung der Niederschrift über die Sondersitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 04.07.2024	FB 45/0609/WP18
4	Vorstellung des Rings politischer Jugend Aachen Es wird mündlich berichtet.	
5	Sachstandbericht Mobile Jugendarbeit in Forst / Driescher Hof Ergänzend wird mündlich berichtet.	FB 45/0618/WP18
6	Antrag der katholischen Pfarrgemeinde Sankt Jakob nach Pos. 40 Stadtjugendplan auf Bezuschussung von Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten im Kinder- und Jugendzentrum St. Hubertus	FB 45/0610/WP18
7	Weiterentwicklung des FB 45; Vorstellungen zur Optimierung des Bereichs	FB 11/0251/WP18
8	Stiftung Broudlet-Startz – Verwendung von Stiftungsmitteln hier: Förderung der Betreuung von bedürftigen Aachener Kindern am Freitagnachmittag durch TABALINGO Sport & Kultur integrativ e.V.	FB 20/0301/WP18
9	"Waldpädagogik fördern" - Ratsantrag der Grün-Roten Koalition im Rat der Stadt vom 24.01.2023 (Ratsantrag Nr. 317/18)	FB 36/0501/WP18
10	Auswertung der strukturellen Überbelegungen in den Aachener KiTas in freier Trägerschaft im KiTa-Jahr 2023/2024	FB 45/0605/WP18
11	Sachstandsbericht Mobilitätskonzept Kindertagesstätte Breitbenden - Antrag der Fraktionen Bündnis '90 / Die Grünen	FB 68/0095/WP18
12	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Scheidt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Verwaltung die Presse und die interessierte Öffentlichkeit.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 18.06.2024 (öffentlicher Teil) ungeändert beschlossen FB 45/0607/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 18.06.2024 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen

Zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sondersitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 04.07.2024 ungeändert beschlossen FB 45/0609/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sondersitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 04.07.2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen

Zu 4 Vorstellung des Rings politischer Jugend Aachen

Frau Scheidt begrüßt Frau Raap (Grüne Jugend), Herrn Lindner (Junge Union) und Herrn Neumann (Jusos), die anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) den neugegründeten Ring politischer Jugend Aachen vorstellen.

Frau Scheidt dankt den Vortragenden für die umfangreiche und gute Arbeit. Besonders in der aktuellen Zeit sei es wichtig, dass sich junge Menschen für Politik und Demokratie interessieren würden.

Herr Tillmann bedankt sich ebenfalls für den Vortrag und die Arbeit. Er – und hierbei gehe er davon aus, im Namen aller Ausschussmitglieder zu sprechen – habe sich sehr über die Neugründung des RPJ gefreut. Die finanzielle Unterstützung für die Arbeit sei im Rahmen der Haushaltsberatungen einstimmig beschlossen worden. Der Vortrag habe zwei große Schwerpunkte in der Arbeit gut betont: einerseits gelte es, bei jungen Menschen um parteipolitisches Engagement zu werben. Dies könne beispielsweise auch die ehrenamtliche Tätigkeit in kommunalen Gremien sein. Andererseits halte er es, gerade mit Blick auf andere Länder, für ein hohes Gut, dass es in einer Stadt gelinge, sich auch über die Parteigrenzen hinaus über die wichtigen Themen auszutauschen – auch wenn die Diskussionen hierzu teilweise hitzig geführt würden. Dieser gute Austausch könne nur innerhalb einer Demokratie gelingen. Auch wenn er hierbei bewusst eine bestimmte Fraktion ausnehme, könne er diesen guten und demokratiebewussten Austausch auch in Aachen erleben. Er wünscht dem RPJ für die weitere Tätigkeit viel Erfolg.

Herr Török lobt die gute Arbeit des RPJ. Seiner Ansicht nach sei es wichtig, eine Stimme der und für die Jugend aus den Reihen junger Menschen zu haben. Insbesondere mit Blick auf die Besetzung mancher politischer Gremien – auch im Kinder- und Jugendausschuss – könne festgestellt werden, dass diese oftmals von älteren Menschen besetzt wären. Es sei wichtig, dass aus der Jugend auch interessierte Menschen nachrücken würden. Dies könne durch solche Aktionen wie denen des RPJ und engagierten Menschen gelingen. Eine engagierte Jugend könne später auch gute Politiker*innen werden. Besonders Social Media werde von einer Vielzahl undemokratischer Parteien genutzt. Hier könne man die Expertise der Jugend nutzen, um diesen Parteien zu begegnen.

Frau van der Meulen drückt ihre positive Überraschung dahingehend aus, dass so viele junge Menschen wöchentlich an den Treffen der Jugendparteien teilnehmen, sich positionieren und aktiv mitarbeiten würden. Sie erkundigt sich danach, ob es auch Kontakte zur Linksjugend gebe.

Herr Neumann erläutert, dass sich die Linksjugend vor einem halben Jahr ebenfalls neu gegründet habe. Es liege noch kein formeller Antrag der Jugendpartei zur Aufnahme in den RPJ vor. Da die Linksjugend kein Gründungsmitglied des RPJ sei, benötige es laut Satzung eine einstimmige Zustimmung zur Aufnahme. Parallel erarbeite der RPJ aber bereits einen Musterantrag für die Linksjugend, den diese nutzen könne.

Herr Tillmanns dankt ebenfalls für den Bericht. Er sei selbst viele Jahre in der Jugendpartei tätig gewesen. Er betont, dass die drei Vortragenden und der RPJ insgesamt ein wunderbares Beispiel dafür seien, dass junge Menschen mit unterschiedlichen Haltungen und Heimatparteien dennoch gemeinsam arbeiten und gemeinsame Projekte initiieren würden. Dies gelinge auf erwachsener Ebene nicht immer. Zudem bedauere er, dass es immer schwieriger würde, neue Mitglieder zu bekommen, die sich für Themen interessieren. Es sei kaum jemand bereit, die Tätigkeiten weiter zu führen. Die Jugendpolitik sei ein leuchtendes Gegenbeispiel und er hoffe auf einen aktiven RPJ in Aachen. Er sei sicher, dass der KJA die Arbeit gerne positiv begleiten würde und er freue sich auf einen neuen Bericht in einem Jahr.

Frau Schmitt-Promny schließt sich den bisherigen Ausführungen an. Sie erkundigt sich danach, wie der RPJ Menschen konkret erreichen würde und sie dazu animieren könne, sich mit den aktuellen Entwicklungen in der Gesellschaft auseinander zu setzen.

Frau Raap berichtet, dass es in diesem Sommer eine Vielzahl an 1:1-Gesprächen mit jungen Menschen gegeben habe. Der RPJ sei in der Stadt aktiv auf junge Menschen zugegangen und habe mit ihnen über ihre Ansichten und Probleme gesprochen. Hierfür habe der RPJ gezielt Plätze aufgesucht, an denen sich junge Menschen aufhalten würden. Social-Media-Kanäle seien zwar hilfreich um Reichweite zu generieren und Informationen zu verbreiten. Dennoch benötige es weit mehr als Posts oder Videos, um junge Menschen zu erreichen. Ende 2024 sei auch eine Kampagne geplant mit der Zielrichtung, wie vor Ort Unterstützung für junge Menschen angeboten werden könne, die beispielsweise Nachhilfe oder eine Betreuung in bestimmten Themen benötigen.

Herr Lindner ergänzt, dass auch niederschwellige Veranstaltungen konzipiert würden. So finde der monatliche Stammtisch der Jungen Union an Orten statt, wo viele junge Menschen anzutreffen seien, wie beispielsweise in Bars. Der aktuelle Standort liege in der Pontstraße, das funktioniere gut. Auch wenn junge Menschen beispiels-

weise eine Bar nicht besuchen würden, um gezielt am Stammtisch teilzunehmen, so würden sie dennoch die Präsenz bemerken und dabei erleben, dass die Mitglieder locker und offen seien.

Frau Scheidt regt an, dass sich der RPJ mit den Vertretungen der freien Jugendarbeit im KJA vernetzen könne. Über diesen Weg könnten viele Jugendliche in den Jugendeinrichtungen und Offenen Türen erreicht werden. Klar sei, dass mehr Demokratisierung benötigt werde, der RPJ sei hierfür die richtige Adresse. Sie wünscht allen viel Erfolg für die weitere Arbeit.

Anlage 1 2024_08_27_Vorstellung-RPJ

**Zu 5 Sachstandbericht Mobile Jugendarbeit in Forst / Driescher Hof
geändert beschlossen
FB 45/0618/WP18**

Frau Scheidt begrüßt Frau Ibrahim (D'Hof) und Herrn Wenning (WABe), die anhand einer Powerpoint-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) die mobile Jugendarbeit im Bereich Forst / Driescher Hof vorstellen.

Frau Scheidt dankt den beiden für den ausführlichen Vortrag. Sie stelle fest, dass in den vergangenen 12 Monaten viel erreicht worden sei. Man habe sich im Vorfeld sehr intensiv mit dem Projekt befasst. Auch wenn dies zu einer zeitlichen Verzögerung des Projektstarts geführt habe, habe sich diese Auseinandersetzung gelohnt.

Herr Tillmanns bedankt sich ebenfalls für den guten Vortrag und die Vorlage, welche die hohe Bedeutung der mobilen Jugendarbeit gerade in diesem Bereich hervorhebe. Es handele sich um ein gutes Beispiel, um ein Stadtviertel zu ertüchtigen und eine neue Form von Jugendarbeit zu etablieren. Ihm würden allerdings konkrete Aussagen zur Weiterfinanzierung des Projektes in der Vorlage fehlen. Die finanzielle Förderung des Projektes ende laut aktueller Beschlusslage am 31.12.2024. Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2021 ff. sei die Einrichtung der mobilen Jugendarbeit mitgetragen, als Projektzeitraum seien die Jahre 2021-2024 festgelegt worden. Erst im September 2022 habe der Ausschuss die Satzung für den eigens gegründeten Beirat beschlossen. Dies habe den Auftakt für die Trägersuche gebildet. Im April 2023 seien die Bewilligungsbescheide an die beiden Träger D'Hof und WABe ergangen. Die Arbeit sei im August/September 2023 aufgenommen worden. Sofern das Projekt tatsächlich zum 31.12.2024 ende, sei es nur ein Jahr gelaufen, statt der ursprünglich beschlossenen vier Jahre. Er erkundigt sich danach, ob es zwischenzeitlich Abstimmungen der Verwaltung mit den Trägern zum weiteren Vorgehen gegeben habe. Seiner Ansicht nach müsse das Projekt – wie beschlossen – für vier Jahre laufen. Daher müsse nach einer Möglichkeit gesucht werden, es zu verlängern. Hier stelle sich ihm die Frage, wie diese Möglichkeit aussehen könne: ob nun heute ein entsprechender Beschluss des KJA gefasst werden könne oder ob die Haushaltsberatungen abgewartet werden müssten. Da diese voraussichtlich erst Anfang 2025 stattfinden würden, wäre dies zu spät für eine lückenlose Anschlussfinanzierung über den 31.12.2024 hinaus. Die Träger würden eine Arbeits- und Planungssicherheit benötigen. Er empfehle daher dringend eine heutige Beschlussfassung dahingehend, dass die Weiterfinanzierung nicht erst Anfang 2025 beraten werde. Andernfalls befürchte er, dass die bisher geleistete Arbeit umsonst gewesen sei.

Herr Simons dankt ebenfalls für den hervorragenden Vortrag. Auch er plädiere dafür, dass die Thematik nun weiterverfolgt werde.

Frau Haring erkundigt sich danach, wie groß die jeweiligen Gruppen junger Menschen seien.

Frau Ibrahim erläutert, dass die Anzahl der jungen Menschen stark abhängig sei von der Jahreszeit und des Wetters. Ebenso habe sie schnell gemerkt, dass die Jugendlichen in ihren Bereichen rotieren würden. In Schönforst treffe sie regelmäßig mindestens 3 Gruppen. Jede dieser Gruppen umfasse 5-9 Jugendliche.

Frau van der Meulen betont die Wichtigkeit der mobilen Jugendarbeit. Sie selbst arbeite auf städteregionaler Ebene mit den Erwachsenen, die als Jugendliche eben nicht aufgefangen und unterstützt worden seien. Sie

erkundigt sich, ob es Vernetzungen mit anderen mobilen Jugendarbeiten entweder in anderen Bezirken oder in der StädteRegion gebe.

Herr Wenning berichtet, dass es bereits mehrere Treffen mit dem Streetworker in Aachen gegeben habe und dort ein Austausch stattfinde. Frau Ibrahim und er seien auch Gäste im Arbeitskreis „Niederschwelligkeit“ gewesen und hätten sich dort vernetzen können.

Frau Ibrahim ergänzt, dass sie an einem nrw-weiten Workshop mit Teams aus anderen Kommunen – auch aus Herzogenrath und Stolberg – teilgenommen habe.

Frau Frenzel berichtet, dass vom SKF ein Nachbarschaftstreff in der Robert-Koch-Straße angeboten werde mit dem Ziel, junge Menschen zu unterstützen. Hierbei habe sie festgestellt, dass auffällig viele junge Mädchen und Frauen das Angebot in Anspruch nehmen und den SKF als Zufluchtsort sehen würden. Darüber hinaus plädiere sie, mit den gewonnenen Erkenntnissen weiter zu arbeiten und diese zu nutzen. In diesem Zusammenhang greift sie das Beispiel aus Unterforst auf, wo Jugendliche mangelnde Beleuchtung angemerkt hätten.

Frau Schmitt-Promny stellt die Verschiedenartigkeit der Stadtteile in Forst fest. Aufgrund des vielfach geäußerten Wunsch der Jugendlichen nach einem Treffpunkt solle nach Möglichkeiten gesucht werden, diesem nachzukommen. Als Beispiel benennt sie offene Jugendeinrichtungen, die mit genutzt werden könnten. Bezugnehmend auf das Gefühl der jungen Menschen „unerwünscht“ zu sein, erkundigt sie sich, ob und in welchem Ausmaß sich Anwohnende und andere Erwachsene tatsächlich über die Jugendlichen beschwert hätten. Zudem erkundigt sie sich nach der Resonanz der Jugendlichen auf die mobile Jugendarbeit und wie die Angebote angenommen würden.

Frau Ibrahim berichtet, dass sich viele Jugendliche früher im hinteren Bereich der Kirche in Forster Linde getroffen hätten. Nach Berichten der dortigen Anwohnenden und Einrichtungen könne sie bestätigen, dass die Jugendlichen von dort verdrängt worden seien. Ältere Menschen hätten sich bei Stadtverwaltung und Polizei beschwert, der Spielplatz wäre zurückgebaut worden, weil sich Jugendliche abends dort aufgehalten hätten. Es habe sich um einen Prozess gehandelt. Aktuell würde man abends eher Jugendliche zwischen 18-24 Jahren antreffen. In Schönforst hingegen gebe es bestimmte Plätze, an denen man junge Menschen antreffen könne. Aber auch dort bestehe ein Bedarf an überdachten Plätzen und Beleuchtung. Junge Menschen würden sich auf dem Schulhof der Grundschule aufhalten, dies sei aber offiziell nicht erlaubt. Daher würden viele Jugendliche ihre Freizeit in Brand oder der Innenstadt verbringen, auch das Parkhaus der Aachen Arkaden an der Trierer Straße sei ein beliebter Treffpunkt. Dies sollte aber nicht das Ziel sein. Die Jugendlichen würden einen Raum benötigen, in dem sie sich frei aufhalten dürften.

Frau Ophoff bedankt sich für die Arbeit vor Ort und berichtet, dass sich die AG Behindertenhilfe ebenfalls in Unterforst für Kinder mit Behinderung engagiere. Sie bestärke die Notwendigkeit, dass Räume und Treffpunkte benötigt würden. In Unterforst gebe es nur einen Bauwagen, welcher von den Falken betrieben werde. Sie erkundigt sich danach, ob sie es richtig verstanden habe, dass der Bereich Unterforst aus dem ISEK (= Integriertes Stadtentwicklungskonzept) herausgenommen werden solle. Falls dies beabsichtigt sei, bittet sie darum, dies nochmals zu überdenken.

Frau Scheidt weist darauf hin, dass aktuell nicht vorgesehen sei, dass ein Stadtteil aus dem ISEK genommen werde. Sie sei sich sicher, dass alle am ISEK beteiligten Akteure am Erhalt des Fördergebiets interessiert seien.

Frau Hoffmann dankt ebenfalls für die wertvolle Tätigkeit und bestätige, dass die Arbeit mit jungen Menschen sehr zeitintensiv sei. Die mobile Jugendarbeit leiste auf mehreren Ebenen wichtige Beziehungs- als auch Netzwerkarbeit. Sie bittet daher ebenfalls darum, genau zu prüfen, wie das Projekt fortgeführt werden könne. Es sei fatal, wenn die geleistete Arbeit umsonst gewesen sei.

Frau van der Meulen regt an, Synergien im Stadtteil zu nutzen. In der vergangenen Woche sei ein Stadtteilbüro in Forst eröffnet worden, wo ebenfalls viele gute Projekte initiiert würden. Gegebenenfalls könne dort eine Vernetzung stattfinden.

Herr Wenning bestätigt, dass bereits ein Austausch dahingehend stattfinde.

Frau Jansen freue sich über die positiven Rückmeldungen im Ausschuss. Sie sei selbst sehr davon beeindruckt, was in der kurzen Zeit an Beziehungs- und Netzwerkarbeit geleistet worden sei. Auch die OT Driescher Hof stelle sich die Frage, wie das Projekt weitergehen könne. Bezugnehmend auf die Äußerungen von Herrn Tillmanns erkundigt sie sich ebenfalls nach einer Möglichkeit, ob finanzielle Mittel ohne einen Haushaltsantrag eingestellt werden könnten.

Frau Scheidt betont, dass die Fortsetzung und Förderung des Projektes nicht in der heutigen Sitzung beschlossen werden könne. Hierfür benötige es einen Termin von Seiten der Verwaltung. Sie sei aber überzeugt davon, dass eine gute Lösung gefunden werde.

Herr Brötz erläutert, dass die Verwaltung einen Austausch mit der Kämmerei und den beiden Trägern koordinieren werde, wenn es eine positive Bereitschaft des Ausschusses gebe, das Projekt fortzusetzen. Es sei aber nicht möglich, heute eine Entscheidung zu treffen, durch die Haushaltsmittel gebunden würden. Dies würde auch mit dem bisherigen Vorgehen im Ausschuss brechen und es sei nicht gerecht gegenüber anderen Trägern.

Frau Scheidt schließt sich dem Beitrag von Herrn Brötz an. Alle Träger müssten gleichbehandelt werden. Sie sei überzeugt davon, dass bis Jahresende noch weitere Anträge von anderen Trägern eingehen würden.

Herr Tillmanns bekräftigt, dass auch er der Fortsetzung des Projektes grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Allerdings könne das Verfahren der Haushaltsberatungen nicht geändert werden. Im vergangenen Jahr habe es ebenfalls im Vorfeld der Haushaltsberatungen Diskussionen um die weitere Förderung von Projekten gegeben. Auch wenn das Anliegen der Träger nach einem Signal nachvollziehbar sei, unterstütze er den Vorschlag im Sinne der Gleichbehandlung aller Träger. Der Austausch müsse jedoch zeitnah erfolgen. Bisher sei es aber immer gelungen, gute Lösungen zu finden.

Herr Tillmanns erläutert, dass er das Argument der Gleichbehandlung aller Träger gut verstehen und auch grundsätzlich mittragen würde. Er bewerte den vorliegenden Fall allerdings anders. Der Kinder- und Jugendausschuss habe den beiden Trägern eine Aufgabe übertragen. Die zugrunde liegende Finanzierung ende zum 31.12.2024. Die Haushaltsberatungen – in welchen dann über die weitere Förderung beraten werde – stünden erst Anfang 2025 an, der Haushalt selbst erhalte voraussichtlich Mitte des Jahres seine Rechtskraft. Dies hätte zur Folge, dass die Träger gut ein halbes Jahr in eine Vorleistung treten müsse. Er frage sich, wo die Träger die Mittel hierfür auftreiben sollten.

Frau Scheidt betont, dass bislang kein Antrag der Träger auf Verlängerung der Förderung vorliege. Die Vorlage liege lediglich zur Kenntnisnahme vor. Wenn nun der Vorschlag der Verwaltung auf Koordination eines Austauschs aufgegriffen werde, würde der Ausschuss bereits einen Schritt weitergehen. Ein noch verbindlicherer Beschluss könne heute nicht gefasst werden. Sie schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass der KJA der Fortsetzung positiv gegenüberstehe und die Verwaltung beauftrage, im Sinne einer Weiterführung über das Jahr 2024 hinaus einen kurzfristigen Termin mit der Kämmerei und den Trägern zu finden.

Frau Schmitt-Promny bringt ihre Verärgerung über die plötzliche negative Stimmungslage in der Diskussion zum Ausdruck. Aus den Wortbeiträgen sei ihrer Ansicht nach deutlich geworden, dass der Ausschuss die mobile Jugendarbeit für wichtig erachte und die Fortsetzung der Förderung anstrebe. Dennoch könne keine Vorfestlegung für den Haushalt erfolgen. Sie erkundigt sich danach, ob die mobile Jugendarbeit Bestandteil des ISEK werden könne.

Herr Brötz ergänzt, dass das ISEK einen Fokus auf die Bereiche Forst, Driescher Hof und Schönforst lege. Es habe nun eine Änderung der Landesrichtlinie gegeben, die möglicherweise dazu führen werde, dass das Gebiet eingeschränkt werden müsse. Die finale Entscheidung hierzu stehe aber noch aus. Das Thema werde dann sowohl im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie sowie im Rat beraten. Im Kern verfolge das ISEK den sozialen Zusammenhalt, sodass grundsätzlich eine Anschlussfähigkeit der mobilen Jugendarbeit denkbar sei. Dies könne aber voraussichtlich erst ab 2027 erfolgen.

Frau van der Meulen erkundigt sich danach, ob der Träger nicht vor den Sommerferien einen Antrag auf Fortsetzung ab 2025 gestellt habe.

Frau Scheidt erläutert, dass ein solcher Antrag nicht vorläge, andernfalls wäre er der Vorlage beigelegt worden. Mit der von ihr vorgeschlagenen Erweiterung des Beschlussvorschlages würde sich der Ausschuss für eine Fortsetzung öffnen ohne die anderen Träger schlechter zu stellen.

Herr Tillmanns könne dem Vorschlag zwar grundsätzlich zustimmen. Dennoch sei er verstimmt über die aktuelle Situation. Seiner Ansicht nach sei allen Beteiligten bewusst gewesen, dass das Projekt und die Förderung am 31.12.2024 auslaufen werde. Er könne sich daher nicht vorstellen, dass in den letzten Monaten keine Gespräche dahingehend geführt worden seien.

Herr Kaltenbach bestätigt, dass das Projektende zum 31.12.2024 keine neue Information sei. Es handele sich um eine befristet finanzierte Maßnahme, dies sei allen bewusst gewesen. Es habe natürlich Gespräche mit den Trägern gegeben. Bisher sei es aber gängige Praxis bei befristet finanzierten Projekten gewesen, dass sich diese nach den Sommerferien im Ausschuss präsentiert hätten, sodass damit eine gute Grundlage für die kommenden Haushaltsberatungen geschaffen worden sei. In Anlehnung dessen sei die Vorstellung der mobilen Jugendarbeit auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden. Auch wenn man ein positives Signal geben könne, sei es nicht möglich, den Haushaltsberatungen formal vorzugreifen.

Frau Scheidt bekräftigt daher erneut den erweiterten Beschlussvorschlag. Dieser drücke die Bereitschaft aus, das Projekt weiterzuführen.

Es wird daher über den erweiterten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis. Er sieht eine positive Bereitschaft, das Projekt über 2025 weiter zu führen und bittet die Verwaltung, dahingehend Gespräche mit den Trägern zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

Anlage 1 Powerpoint Präsentation WABE u. D-Hof

**Zu 6 Antrag der katholischen Pfarrgemeinde Sankt Jakob nach Pos. 40 Stadtjugendplan auf Bezu-
schussung von Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten im Kinder- und Jugendzentrum
St. Hubertus
 ungeändert beschlossen
 FB 45/0610/WP18**

Es wird darauf hingewiesen, dass sich in der Vorlage auf dem Beiblatt zu den finanziellen Auswirkungen ein Tippfehler befinde. Das PSP-Element bei den investiven Auswirkungen müsse wie folgt lauten:
5-060201-800-00500-900-1, 78180000.

Frau Scheidt begrüßt Herrn Pfarrer Mauritz (katholische Pfarrgemeinde St. Jakob), der für Rückfragen an der Sitzung teilnimmt.

Ergänzend zur Vorlage betont Herr Pfarrer Mauritz das hohe Engagement aller Mitarbeitenden und dankt der Verwaltung und der Politik für die Unterstützung.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, den Anträgen der Katholischen Pfarrgemeinde Sankt Jakob auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 10.765,53 Euro stattzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

**Zu 7 Weiterentwicklung des FB 45; Vorstellungen zur Optimierung des Bereichs
zur Kenntnis genommen
FB 11/0251/WP18**

Herr Brötz verweist auf den Ende 2023 eingebrachten Zwischenbericht zur Umstrukturierung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Schule (FB 45). Mit der heutigen Vorlage könne nun das Ergebnis vorgelegt werden. Der bisherige FB 45 werde in die beiden Fachbereiche 45 „Jugend und Schule“ und 54 „KiTas und Kindertagespflege“ aufgeteilt. Herr Kaltenbach werde der neue Leiter des FB 54, die Leitung des FB 45 sei ausgeschrieben worden. Noch in diesem Monat werde das Auswahlverfahren stattfinden. Es habe in den vergangenen Monaten eine Vielzahl an Gesprächen mit Personen, Teams und Abteilungen geführt worden, um die bevorstehenden Neuerungen transparent zu erklären. Auch der Personalrat sei intensiv eingebunden gewesen, ebenso wie der Fachbereich Personal und Organisation (FB 11). Es habe einen guten Austausch gegeben, vieles habe ineinandergegriffen. Die bisherige Abteilung Jugend (FB 45/300) könne nahezu unverändert in den FB 45 übergehen. Dort habe es zuletzt bereits viele organisatorische Änderungen gegeben. In der Abteilung Schule (FB 45/400) werde ein neues Team Schuldigitalisierung gebildet. Das Thema habe mittlerweile eine derart hohe Komplexität und Finanzierungsvolumen erhalten, dass dies als logische Konsequenz gesehen worden sei. Die Abteilung KiTas und Kindertagespflege (FB 45/200) erhalte mit ihrer Umstrukturierung in den FB 54 einige große Veränderungen. Die größte Neuerung sei die Intention einer sehr klaren Trennung des Rollenverständnisses der Verwaltung: auf der einen Seite als Trägerin der öffentlichen Jugendhilfe für sämtliche Aachener Kindertageseinrichtungen, für die Pflege des KiTa-Portals, den Betreuungsplatzausbau, die Betriebskostenförderung, usw. Auf der anderen Seite habe die Verwaltung als Trägerin eigener Kindertageseinrichtungen mit den Themen wie Personalverantwortung und Bewirtschaftung eine andere Rolle. Dies werde nun im Organigramm als separate Abteilungen abgebildet. Darüber hinaus habe es in Abstimmung mit FB 11 eine Innovation im Bereich der übergreifenden Themen gegeben: Um den Geist aufrecht zu erhalten, dass die Angebote stets für dieselben Kinder, jungen Menschen und Familien konzipiert würden, seien sogenannte „Ressorts“ für bestimmte Bereiche gebildet worden. Dies betreffe die Bereiche „Planung“, „Finanzen“ und „IT-Management“ – allesamt aktuell als eigenständige Teams in der Abteilung FB 45/100 –, die auch zukünftig fachbereichsübergreifend tätig sein sollen. Der Bereich Planung umfasse beispielsweise die Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung, die Jugendhilfeplanung und die Schulentwicklungsplanung. Zwar erfolge eine organisatorische Zuordnung dieser Themen zu einem der beiden Fachbereiche 45 oder 54. Fachlich erfolge die Arbeit allerdings in dem „Ressort“, sodass die Mitarbeitenden weiterhin voneinander profitieren und fachbereichs- und themenübergreifend Synergien genutzt werden könnten. Gleiches gelte für die Themen Finanzen und IT. So werde gewährleistet, dass alles gut ineinandergreife.

Herr Kaltenbach ergänzt, dass durch die Strukturierung des FB 54 künftig klar sei, ob die Verwaltung in einer bestimmten Situation als Trägerin der öffentlichen Jugendhilfe oder als Trägerin eigener Einrichtungen handle. Zudem werde in der Abteilung „Öffentliche Trägerangelegenheiten“ (FB 54/200) ein neues Team Kindertagespflege gebildet, wo u.a. pädagogische Fragestellungen, die Kooperation mit dem Verein für Familiäre Tagesbetreuung e.V., die Abwicklung laufender Geldleistungen, und weitere Themen ganzheitlich gebündelt würden. In der neuen Abteilung „Städtische Tageseinrichtungen“ (FB 54/300) würden Teams geschaffen, die sich um eine bestimmte Anzahl städtischer KiTas kümmern würden. Diese Teams würden alle für einen qualitativ hochwertigen und vernünftigen Betriebsablauf notwendigen Fachkompetenzen vereinen: die pädagogische Fachberatung, die Personaleinsatzplanung sowie die Bewirtschaftung. Die jeweiligen Teamleitungen könnten dann auf alle notwendigen Ressourcen in ihrem Team zugreifen. Flankiert werde alles von Schwerpunktfachberatungen für übergreifende Themen wie beispielsweise Inklusion.

Frau Scheidt dankt Herrn Brötz und Herrn Kaltenbach für die ergänzenden Erläuterungen und lobt die gute Entwicklung.

Frau Schmitt-Promny sehe dies als einen spannenden Prozess. Insbesondere die klare Trennung der Trägereigenschaft und der übergeordneten Verantwortung würden ihr gut gefallen. Ebenso befürworte sie die Vereinigung verschiedener Kompetenzen in den neuen Teams für städtische Einrichtungen. Dies biete auch die Chance auf flexiblere Lösungen und die ganzheitliche Unterstützung der Einrichtungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 8 Stiftung Broudlet-Startz – Verwendung von Stiftungsmitteln
hier: Förderung der Betreuung von bedürftigen Aachener Kindern
am Freitagnachmittag durch TABALINGO Sport & Kultur integrativ
e.V.**

**ungeändert beschlossen
FB 20/0301/WP18**

Frau Hoffmann erkundigt unter Bezugnahme auf die Vorlage, ob die Angebote im inklusiven Bereich von allen Kindern mit Behinderung wahrgenommen werden könnten oder ob es hier Einschränkungen gebe.

Herr Kaldenbach sagt zu, diese Frage zur internen Klärung mitzunehmen und diese in der nächsten Sitzung unter Mitteilung der Verwaltung zu beantworten.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt den Zuschuss in Höhe von 14.817,00 € an TABALINGO Sport & Kultur integrativ e.V. zur Förderung der Betreuung von bedürftigen Aachener Kindern am Freitagnachmittag.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

**Zu 9 "Waldpädagogik fördern" - Ratsantrag der Grün-Roten Koalition im Rat der Stadt vom
24.01.2023 (Ratsantrag Nr. 317/18)
zur Kenntnis genommen
FB 36/0501/WP18**

Frau Schmitt-Promny erläutert, dass die antragstellenden Fraktionen erfreut darüber seien, dass die Vorlage in die heutige Sitzung eingebracht worden sei und dass das Modell der Ranger eine positive Resonanz erfahre. Es sei wichtig und sinnvoll, dass die Ranger auch eine entsprechende pädagogische Ausbildung erhalten würden. Gleichzeitig bestehe bereits eine hohe Qualität in dem Bereich. Daher gelte es, die bereits bestehenden Angebote gut zu verknüpfen und die handelnden Akteure zusammen zu bringen, damit sie voneinander profitieren könnten.

Frau Scheidt ergänzt, dass es insbesondere nach der Corona-Zeit wichtig sei, dass Kinder rauskommen und Natur aktiv erleben könnten. Die Ranger seien eine gute Ergänzung.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 10 Auswertung der strukturellen Überbelegungen in den Aachener KiTas in freier Trägerschaft
im KiTa-Jahr 2023/2024
zur Kenntnis genommen
FB 45/0605/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 11 Sachstandsbericht Mobilitätskonzept Kindertagesstätte Breitbenden - Antrag der Fraktionen
Bündnis '90 / Die Grünen
zur Kenntnis genommen
FB 68/0095/WP18**

Frau Scheidt begrüßt Herrn Engels (Fachbereich Verkehrsplanung – FB 68), der für Rückfragen an der Sitzung teilnimmt.

Frau Schmitt-Promny dankt der Verwaltung für das ausführliche Mobilitätskonzept. Aufgrund der gemachten Erfahrung, dass Mobilität bei der Planung von KiTa- und Schulgebäuden mitberücksichtigt werden müsse, erkundigt sie sich danach, ob die Erstellung eines solchen Konzeptes auch für neue Maßnahmen gängige Praxis sei. Beim Spatenstich für die KiTa Breitbenden habe sie festgestellt, dass die umliegenden Straßen eng seien und bereits ein hoher Parkdruck bestehe. Sie möchte wissen, ob dort verschiedene Arten von Mobilität sinnvoll seien.

Frau Scheidt ergänzt, dass bei der Planung einer neuen KiTa das Umfeld unbedingt mit in den Blick genommen werden müsse und das deutlich vor dem Spatenstich.

Herr Engels erläutert, dass das Gutachten bereits vor zwei Jahren erstellt worden sei. Es sei aber die Bitte der Bezirksvertretung Eilendorf gewesen, dies nochmals in die politischen Gremien zu geben. Er versichert, dass im Vorfeld ausreichend geprüft worden sei, ob das Gebiet eine erhöhte verkehrliche Belastung aufgrund eines KiTa-Neubaus verkraften könne. Dies könne aus verkehrlicher Sicht bestätigt werden. Auch wenn manche Anwohnenden sicherlich subjektiv ein höheres Verkehrsaufkommen empfinden würden, seien die Straßen objektiv dafür ausgelegt.

Frau Schmitt-Promny könne die verkehrliche Argumentation nachempfinden. Gleichzeitig erkundigt sie sich danach, ob und inwieweit sich der Verkehr dahingehend anpassen ließe, dass er auch für die Anwohnenden als verkraftbar empfunden werde. Gegebenenfalls könnten andere Straßenformate, wie beispielsweise Einbahnstraßen, sinnvoll sein.

Herr Engels erläutert, dass die Einrichtung einer Einbahnstraße zwar eine Methode darstelle, diese sei aber nicht immer zielführend. Eine Einbahnstraße biete mehr Fahrbahnfläche und erlaube somit ein schnelleres Fahren. Dies habe zur Folge, dass zusammen mit der Einbahnstraße über eine Verkehrsberuhigung oder Einengungen nachgedacht werden müsse.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 12 Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

Hilde Scheidt
Ausschussvorsitzende

Melanie Olbertz
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin